Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 99. Dienstag, 28. Februar 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14,— M., vierteljährlich 42,— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 17 mm breite Zeile 4,— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 60 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1058 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Gebr. Arnhold
DRESDEN-BERLIN
Waisenhausstraße 20/22
Hauptstraße 38, Chemnitzer Straße 96
Berliner Haus:
Berlin W 56, Französische Straße 33e

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte • An- und Verkauf in- und ausländischer Wertpapiere und Verwaltung derselben • Besondere Abteilung für ausländische Währungen • Feuer- und diebessichere Stahlkammer

Englands Befriedigung über Boulogne.

Stimmen der englischen Presse.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 27. Febr. Nach dem Korrespondent des „Weekly Dispatch" hat Lloyd George das Ergebnis der Unterhaltung mit Poincaré in den Satz zusammengefaßt: Die Hauptsache ist, daß wir uns verstanden haben. Der Korrespondent des „Observer" betont ausdrücklich den Unterschied zwischen der Laune des englischen Premierministers auf der Hinreise und Rückreise und schreibt: Seit dem Waffenstillstand hat keine schnellere und befriedigendere Unterhaltung zwischen dem französischen und englischen Premierminister stattgefunden, ganz besonders, wenn man den kritischen Charakter der schwebenden Fragen in Betracht zieht. Als Lloyd George auf der Rückreise erklärte, daß ein vollkommenes Einverständnis erzielt sei, wurde dieser Satz in einem überzeugten Ton ausgesprochen, der weit von dem konventionellen und gewöhnlichen Tone entfernt war, der im allgemeinen bei solchen Besprechungen angewendet wird. „Sundan Times" hebt hervor, daß Lloyd George nach der Unterhaltung mit Poincaré geradezu strahlend ausgesehen habe. Ueber die einzelnen Fragen, die in London diskutiert wurden, schreibt der Berichterstatter des „Observer", die Frage der Wiedergutmachung ist jetzt in die zweite Linie gerückt, wenn man sie im Zusammenhang mit den großen Problemen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus betrachtet. Wenn die Konferenz von Genua den Erfolg haben wird, Deutschland wieder in das europäische Wirtschaftssystem aufzunehmen, und wenn infolgedessen Deutschland seine wirtschaftliche Wohlfahrt wieder gewinnen kann, wird es für Deutschland keinen vernünftigen Grund geben, sich seinen Verpflichtungen entziehen zu wollen. Großbritannien befindet sich übrigens in den gleichen Umständen, denn es muß seine eigenen Schulden an die Vereinigten Staaten zurückzahlen, weil es keinen wirtschaftlichen Unterschied zwischen Kriegsschulden und Kriegsentschädigungsschulden gibt. Nachdem die „Sundan Times" noch eine Lobrede auf Lloyd George angestimmt hat, schließt sie mit der Wendung: Poincaré sei jetzt ein guter Europäer.

Noch keine Stellungnahme der Reichsregierung zur Unterredung von Boulogne.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 27. Febr. Zu den Ergebnissen der Unterredung zwischen Poincaré und Lloyd George in Boulogne hat die Reichsregierung noch nicht Stellung nehmen können, da die darüber vorliegenden Meldungen über den Inhalt der Unterredung nicht übereinstimmen. So ergeben sich Verschiedenheiten aus den Meldungen der Agence Havas und von Aeußerungen, die Lloyd George den Vertretern englischer Blätter gegenüber getan haben soll.

Abermalige Vertagung der Konferenz von Genua?

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 27. Febr. Die „Neue Zür. Ztg." meldet aus Rom: In der halbamtlichen „Tribuna" heißt es am Sonntag früh, daß über den Termin der Konferenz von Genua zwischen Lloyd George und Poincaré keine Entscheidung getroffen sei. Die Festsetzung des 10. April als Eröffnungstag der Konferenz sei noch keine endgültige. Möglicherweise würde die Konferenz bis nach Ostern vertagt, wenn in Italien die Voraussetzungen für eine parlamentarische Mehrheit der neuen Regierung nicht früher gegeben seien.

Basel, 27. Febr. Die „Baseler Nachr." melden aus Paris: Nach einem Newyorker Telegramm der Preß Association wird die Vertagung der Konferenz von Genua keinen Einfluß auf die Entscheidung der Vereinigten Staaten ausüben, es sei denn, daß die Vertagung mindestens mehrere Monate betrage, um den Nationen Zeit zu gewähren, ihre Angelegenheiten als Voraussetzung der Konferenz zu ordnen.

Keine neue Ministerzusammenkunft vor Genua.

London, 27. Febr. Lloyd George erklärte in einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des Reuterschen Bureaus nach seiner Rückkehr: Poincaré und er selbst befänden sich in vollkommener Uebereinstimmung, so daß er keinerlei weitere Zusammenkunft mit Poincaré vor Beginn der Genueser Konferenz erwarte. Zweifellos seien alle Schwierigkeiten durch die lange freimütige Aussprache beseitigt worden. (W. T. B.)

Die Untätigkeit der Reparationskommission.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 27. Febr. Laut Meldungen der Blätter hängt die Untätigkeit der Reparationskommission bezüglich Feststellung der deutschen Entschädigungszahlungen für 1922 damit zusammen, daß zwischen England und Frankreich das englische Programm von Cannes bisher nicht behandelt wurde. Die Regierung Poincaré hat sich von vornherein geweigert, den englischen Entwurf als Grundlage für die weiteren Beratungen anzunehmen. Auch die Frage der Verteilung der deutschen Zahlungen an die Alliierten ist noch nicht geregelt. In dieser Woche sollen die Finanzminister der Alliierten in Paris zusammenkommen, um Stellung zu dem Verteilungsplan zu nehmen. Soweit in englischen amtlichen Kreisen verlautet, ist nicht zu erwarten, daß sich die Alliierten bezüglich der Aufsicht über die deutschen Staatsfinanzen einigen werden. Die Reparationskommission kann daher vorläufig keine Antwort den Deutschen erteilen.

Der Termin für die Sachverständigenkonferenz.

Paris, 26. Febr. Nach einer Havasmeldung aus London soll die vorbereitende Sachverständigenkonferenz für Genua, den in englischen Kreisen eingegangenen Nachrichten zufolge, am 3. März in London zusammentreten. Indessen werde die Wahl dieses Zeitpunktes immer noch von der Zustimmung Italiens, Belgiens und Japans abhängig sein. (W. T. B.)

Die Militärkontrolle über Deutschland.

Paris, 27. Febr. Auf einer Tagung im August vorigen Jahres hatte der Oberste Rat beschlossen, die Frage der Aufhebung der Militärkontrolle über Deutschland auf die Tagesordnung einer besonderen Zusammenkunft im Oktober zu setzen. In einem Memorandum vom 26. November hatte die englische Regierung als Grundlagen genannt: 1. Sofortige Aufhebung der Kontrolle zur See. 2. Nach Durchführung der von General Nollet überwachten Entwaffnung Deutschlands ist die Kontrolle über Deutschlands Rüstungen gemäß Artikel 213 des Friedensvertrages lediglich Sache des Völkerbundes. 3. Beibehaltung der nach dem Friedensvertrage nicht vorgesehenen dauernden Kontrolle über die deutsche Luftschiffahrt, wogegen als Kompensation für Deutschland die sofortige Räumung der Städte Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf erfolgen soll. Auf diese Vorschläge hat die französische Regierung in einem dieser Tage der Botschafterkonferenz übergebenen Memorandum geantwortet, daß sie sich mit der Aufhebung der Ueberwachung zur See einverstanden erklärt, in den beiden anderen Punkten aber die englischen Vorschläge ablehnt. Da die Kommission Nollet ihre Arbeiten noch lange nicht beendet habe, könne einstweilen von einer Anwendung des Artikels 213 noch keine Rede sein.

Die Ueberwachung der deutschen Munitionserzeugung.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 27. Febr. „Echo de Paris" meldet, der Botschafterrat hat am Freitag die Ueberwachung der privaten Munitionserzeugung durch eine obligatorische Anzeigepflicht der Munition herstellenden deutschen Firmen beschlossen. Der „Temps" meldet: Die Ministeraussprache zwischen Lloyd George und Poincaré wird sich auch mit den Beschlüssen der Botschafterkonferenz über eine Erweiterung und Verschärfung der Ueberwachungen in Deutschland zu befassen haben.

Ein Beschluß des Wiederaufbausyndikats.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 27. Febr. Die „Times" meldet: Die Vorberatungen zu dem Wiederaufbau Rußlands nehmen unter Zuziehung der Deutschen einen günstigen Fortgang. Die Freitagsitzung hat die Annahme der deutschen Vorschläge gebracht, alle deutschen Wiederaufbaulieferungen an Rußland auf das Konto der Reparationszahlungen zu buchen, einschließlich einer eventuellen Mitarbeit deutscher Arbeiter und Angestellten in Rußland. Die Konferenz wird gegen Ende kommender Woche ihre Beratungen zum Abschluß bringen.

Der Rat der Volkskommissare und die deutsch-russischen Beziehungen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Moskau, 27. Febr. Auf der Ende Februar stattfindenden Vollsitzung des Rates der Volkskommissare in Moskau wird Krassin der Räteregierung ausführlich berichten über den Meinungsaustausch, den er mit deutschen Politikern und Finanzmännern gehabt hat. Die russischen Bevollmächtigten bringen aus Berlin ein sehr umfangreiches schriftliches Material mit, das in Moskau von einer fachmännischen Kommission durchgearbeitet werden soll. Die räterussische Presse meldet, daß Deutschland sich mehr und mehr seinen Beziehungen zu Moskau auf den nüchternen Standpunkt der Tatsachen stelle und verhehlt ihre Zufriedenheit darüber nicht. Die Position Krestinskis in Kreisen der Räteregierung gewinnt immer mehr Gewicht, da er ein ausgesprochener Anhänger der Leninschen Politik ist, hat die Stellung, die er sich in der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit in Berlin zu verschaffen gewußt hat, große Bedeutung für die Gesamtpolitik der Räteregierung. Je ungewisser der Zeitpunkt der Konferenz in Genua und ihre Ergebnisse sind, um so mehr Gewicht legt der Kreml auf den günstigen Abschluß der deutsch-russischen Verhandlungen.

„Quadrupelallianz."

Graz, 27. Febr. Die „Tagespost" meldet aus Belgrad: Am Sonnabend fand die letzte Beratung der rumänischen und der südslawischen Staatsmänner statt, an der auch Bevollmächtigte Polens und der Tschecho-Slowakei teilnahmen. Die polnische Regierung hat ihren Beitritt zur Kleinen Entente angemeldet. Es wurde beschlossen, die Bezeichnung „Kleine Entente" aufzugeben und den Bund Südslawiens, Rumäniens, der Tschecho-Slowakei und Polens Quadrupelallianz zu nennen. (W. T. B.)

Polens „große" Politik.

(Von unserem Sm-Mitarbeiter für Ostfragen.)

In Polen ist große politische Saison. Die kleinen Sorgen so groß sie auch sind, und die Wirtschaftsnöte läßt man auf sich beruhen. Mag der Parteihader noch so scharf sich anheben und die Opposition gegen den starken Mann, den Finanzminister Michalski, der es schließlich mit allen verdorben hat, immer größer werden, man bucht freudestrahlend die großen Dinge auf der Plus-Seite Polens, den neuen Papst, die Einverleibung Wilnas und das Bündnis mit Frankreich. Was will man da noch mehr? Ob man wirklich Grund hat, so bedingungslos befriedigt zu sein, wie man sich den Anschein gibt, muß freilich dahingestellt sein. Gewiß, Monsignore Ratti war ein Freund Polens und die Polen haben es geschickt verstanden, ihn als Nuntius in Warschau mit ihrer sprichwörtlichen Liebenswürdigkeit zu umgeben. Er hat mit schönen Worten quittiert und auch, nachdem er Pius XI. geworden ist, versichert, wie teuer die polnische Tochter seinem Herzen sei. Daß er freilich auch dem Kardinal-Erzbischof von Köln gleich nach seiner Wahl versichert hat, wie nahe ihm das heilige Köln stehe, das verschweigen die polnischen Blätter hartnäckig. Ihr Gedächtnis ist überhaupt etwas kurz. So haben sie völlig vergessen, daß während der Abstimmung in Ostpreußen der Nuntius Ratti ausdrücklich dafür eingetreten ist, daß die politische Agitation der polnisch gesinnten Geistlichkeit zurückgedämmt wurde. Sie haben ferner aus dem Gedächtnis verloren, in welcher sachlichen Weise der damalige Nuntius in Oberschlesien den polnischen Machenschaften entgegengetreten ist, wie am 21. November 1920 der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Bertram, seine bekannte Verfügung gegen die Einmischung der Geistlichen in den Abstimmungskampf erließ und die polnische Presse den Nuntius Ratti ausdrücklich für diesen Erlaß verantwortlich machte, ja, wie in polnischen Kreisen die Erbitterung über sie so groß war, daß am 30. November im polnischen Landtage ein Antrag eingebracht wurde, dem päpstlichen Nuntius die Pässe zuzustellen. Ratti aber fuhr am 2. Dezember 1920 auf Nimmerwiedersehen von Polen nach Italien. Mit der Polenfreundlichkeit des neuen Papstes ist es also nicht so weit her und daß er etwa Polonisierungsversuche des Klerus auf Kosten der Deutschen decken werde, dafür liegt bis jetzt nicht der geringste Beweis vor.

Ein größerer Erfolg ist zweifellos die Entscheidung über Wilna, wenngleich von Beginn an der Ausfall der Abstimmung für jeden Kenner der Verhältnisse bei den ethnographischen und politischen Zuständen nicht zweifelhaft war. Gewiß hatte Polen auch kein Anrecht auf das Wilnagebiet, das auf dem flachen Lande meist weißrussische Bevölkerung hat, aber diese weißrussischen Ansprüche durchzuführen, fehlten alle Möglichkeiten. Der Effekt ist denn auch der gewünschte: mit viel Pomp, Verbrüderungsszenen, Te Deum laudamus feiert man in Warschau und Wilna die Vergrößerung des Polenreiches, die diesem den letzten Sperriegel nach Rußland in die Hände spielt und dem deutschen Transitverkehr ins Moskowiterland neue Hemmungen auferlegt. Damit können die Polen gewiß zufrieden sein. Aber manches steht doch auch auf der Minus-Seite. Der Bruch mit Litauen wird abermals vertieft, der schöne Plan eines baltischen Staatenbundes in weite Ferne gerückt und in Moskau, wo man sich als Protektor Litauens aufzuspielen liebt, wird man zu diesem Machtzuwachs Polens böse Miene machen. Mehr ins Gewicht aber fällt, daß dadurch die Unzufriedenheit Englands, dem Polen, zumal in französischen Händen, ein Stein des Aergernisses ist, geradezu herausgefordert wird. Vom brüskierten Völkerbund schweigen wir. Aber auch der Freund in Paris ist unzufrieden, weil die Wilnafrage in ihrer vorliegenden Lösung ihm das ganze Konzept für den baltischen Staatenbund verdirbt, den er so gern als eine neue Waffe gegen Deutschland gebrauchen möchte. Aber Polen glaubt, sich die Extratour leisten zu können, ohne es mit dem Freunde zu verschütten, der so huldvoll gegen ihn ist, soeben in Paris ein polnisch-französisches Handelsabkommen zu unterzeichnen, womit das Tüpfelchen auf das Bündnis selbst gesetzt worden sei.

Wie sieht es nun aber mit diesem Vertrage, bei Licht betrachtet, aus? Hat man wirklich Grund zu so großer Freude in Polen? Oder haben nicht am Ende jene, wenn auch sehr spärlichen Stimmen, Recht, die da meinen, daß Polen dem lieben Verbündeten ganz ungewöhnliche Konzessionen habe machen müssen? Enthält doch das Abkommen unter anderem für Frankreich eine Ermäßigung von 25 Prozent der polnischen Einfuhrzölle. Dieses Vorrecht genießen alle Waren französischen Ursprungs und eine Reihe von Kolonialwaren, wie Kaffee, Tee, Kakao, Tabak, Wolle, Baumwolle, Kautschuk und Seide, auch wenn sie von französischen Kaufleuten aus einem beliebigen anderen Lande eingeführt werden. Das Abkommen gibt den Franzosen geradezu eine Monopolstellung, ohne Polen entsprechenden Nutzen zu gewähren. Der Franzose wird auf Grund der Zollermäßigung die Konkurrenz anderer Länder nicht nur unterbieten, sondern ausländische Waren aufkaufen und nach Polen mit Gewinn weiterliefern können. Es ist klar, daß diese Zollpolitik die Mauer zwischen Deutschland und Polen erhöhen und die Einfuhr von guten und preiswerten deut-